

1 **Fehlt: Einleitung**

2  
3 **Voller Energie für ein besseres Klima**

4  
5 Wir müssen Ernst machen mit dem Klimaschutz, wenn wir eine stärkere Erwärmung des  
6 Erdklimas mit katastrophalen Folgen verhindern wollen. Bis 2050 müssen die  
7 Industrieländer mindestens 80% der Treibhausgase einsparen. Die Absenkung um  
8 mindestens 40% bis 2020 ist das Zwischenziel.

9 Wir bayerische Grüne fordern deshalb eine Wende beim Klimaschutz in Bayern. Als  
10 großes und wirtschaftlich starkes Bundesland hat Bayern eine Schlüsselrolle, wenn es  
11 darum geht, ob Deutschland seiner internationalen Verantwortung beim Klimaschutz  
12 gerecht wird. Klimaschutz in Bayern darf nicht länger ein Randthema der Politik der  
13 Staatsregierung sein. Wir brauchen klare und ambitionierte Ziele und  
14 Rahmenbedingungen im Klimaschutz, konkrete Maßnahmen und eine regelmäßige  
15 Überprüfung. Klimaschutz muss in das Zentrum der Landespolitik rücken.

16 Da die bayerische Staatsregierung jahrzehntelang einseitig auf die Atomenergie gesetzt  
17 und die damit verbundenen Risiken ignoriert hat, steht Bayern vor der doppelten  
18 Herausforderung, gleichzeitig den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren und die wegfallenden  
19 Kapazitäten der Atomkraftwerke zu ersetzen. Bayern kann zum Vorreiter bei den  
20 Energiespartetechnologien und bei den Erneuerbaren Energien werden. Durch die  
21 Nutzung heimischer Potenziale und die deutliche Verminderung des Imports von  
22 Rohstoffen wie Uran und Erdöl bleibt die Wertschöpfung im Land und wir werden  
23 weniger anfällig für die stark steigenden Rohstoffpreise und mögliche  
24 Versorgungsengpässe.

25  
26 **Energiewende vorantreiben!**

27 Energiepolitik wird auf vielen politischen Ebenen beeinflusst. Nicht zuletzt durch die  
28 Politik der Staatsregierung sind die Gestaltungsmöglichkeiten des Freistaats in den  
29 letzten Jahren zurückgegangen. Dennoch gibt es eine Fülle von dringend zu  
30 erledigenden Aufgaben, die direkt von der Staatsregierung angegangen werden  
31 müssen. Bayerische Energiepolitik muss sich an vier Kernzielen orientieren:

32  
33 **Maximale Einsparungen- Höchste Energie Effizienz**

34 Sparsamer und effizienter Einsatz von Energie spart nicht nur Ressourcen, sondern  
35 schafft mit intelligenten Produkten wie verbrauchsarmen Elektrogeräten auch  
36 Wettbewerbsvorteile für die bayerische Wirtschaft. Diesen Strukturwandel darf unser  
37 Land auch in der Automobilindustrie nicht verschlafen. Nur wenn die Entwicklung  
38 alternativer Antriebe und Sprit sparender Fahrzeuge schnellstens auf die Tagesordnung  
39 gesetzt wird, kann Bayern auch in Zukunft im Bereich der Fahrzeugtechnologien eine  
40 führende Rolle auf den Weltmärkten einnehmen. Das Land muss solche Visionen zum  
41 zentralen Leitbild seiner Umwelt-, Forschungs- und Industriepolitik erheben.

42 Mit der Energieeinsparverordnung wurde der Niedrigenergiehaus-Standard für  
43 Neubauten verbindlich gemacht. Das nächste erreichbare Ziel bei der Senkung des  
44 häuslichen Energieverbrauchs ist der Passivhaus-Standard. Wir wollen Modellprojekte  
45 ins Leben rufen, um kostengünstige Passivhäuser zu fördern.

46 Energieeffizienz im Neubau: Die Einhaltung der Energieeinsparverordnung muss  
47 wirksam kontrolliert werden. Bei der Projektierung von Neubaugebieten müssen passive  
48 und aktive Sonnenenergienutzung, Nahwärmenetze und der Einsatz von erneuerbaren

1 Energien vorrangiges Planungskriterium werden. Die Bayerische Bauordnung ist  
2 diesbezüglich zu ändern.

3 Energieeffizienz im Altbau: Über die bestehenden Kreditprogramme des Bundes hinaus  
4 ist es erforderlich, dass bei allen staatlichen Förderprogrammen die Klimaschutzaspekte  
5 vorrangig berücksichtigt werden. Gegebenenfalls müssen die Fördermittel entsprechend  
6 erhöht werden.

7 Die längst überfällige energetische Sanierung der staatlichen Gebäude ist in einem  
8 engen Zeitrahmen (bis 2015) umzusetzen. Dabei sind Wärmedämmung, der Ausbau der  
9 Kraft-Wärme-Kopplung und der Einsatz der erneuerbaren Energien vorrangig. Um  
10 dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, wollen wir ein umfassendes Contractingprogramm  
11 starten: Private Investoren finanzieren die Umbau und Sanierungskosten und erhalten  
12 dafür aus den eingesparten Energiekosten Zinsen für ihr Engagement.

13 Ein Förderprogramm für Energieeffizienz im Endenergieverbrauch (finanziert über einen  
14 Energiesparfonds), beispielsweise zur Optimierung von Pumpen und  
15 Heizungssystemen, der Modernisierung von Klimaanlage und Beleuchtungssystemen,  
16 dem Ersatz elektrischer Speicherheizungen und der forcierten Einführung  
17 energieeffizienter Kühl- und Gefriergeräte ist aufzulegen.

18 Ein Netz von Energieberatungsstellen, das von allen Energieversorgern unabhängig,  
19 ist und das Bürgern, Unternehmen und Kommunen als Anlaufstelle zur Verfügung  
20 steht, ist aufzubauen.

### 21 22 **Maximaler Einsatz erneuerbarer Energie,**

23 In Sachen Nutzung der Windenergie ist Bayern ein Entwicklungsland. Das liegt in erster  
24 Linie am weit verbreiteten Widerstand von CSU-Politikern auf allen Ebenen, aufgrund  
25 von restriktiver Genehmigungspraxis. Dass gerade 1,5% der in Deutschland installierten  
26 Windkraft-Leistung aus Bayern stammen, ist das Ergebnis der Blockade durch die  
27 Bayerische Staatsregierung. Moderne Windkraftanlagen weisen eine Nabenhöhe von  
28 120 m auf und sind in der Lage, auch in Bayern einen guten Stromertrag zu liefern. In  
29 Bayern gibt es über 1000 geeignete Standorte für Windkraftanlagen.

30 Zur Nutzung des immensen Potenzials der Tiefen-Geothermie in Bayern sind die  
31 Kommunen und deren Stadt- bzw. Gemeindewerke bei Geothermiebohrungen, sowie  
32 bei Planung und Umsetzung der Geothermienutzung aktiv zu unterstützen.

33 Bei Neubauten muss die Nutzung Erneuerbarer Energien zur Wärmeversorgung  
34 grundsätzlich zur Pflicht gemacht werden. Dachflächen staatlicher Gebäude müssen  
35 umgehend Investoren für Photovoltaik-(PV-)Anlagen zur Verfügung gestellt werden,  
36 sofern sie der Staat nicht selbst für diesen Zweck nutzt. Die dezentrale Kraft-Wärme-  
37 Kopplung muss dringend ausgebaut werden, insbesondere in den Ballungsräumen, bei  
38 Unternehmen, in größeren Wohnanlagen und öffentlichen Einrichtungen. Dazu ist ein  
39 Förderprogramm erforderlich.

40 Das Potenzial der Wasserkraft ist in Bayern bereits weitgehend ausgenutzt. Nachdem  
41 mit der Nutzung der Wasserkraft in der Regel erhebliche ökologische Nachteile  
42 verbunden sind, wird der Neubau von Wasserkraftwerken grundsätzlich abgelehnt. Die  
43 Umrüstung auf effiziente, moderne Turbinen in bestehenden Wasserkraftwerken ist zu  
44 fördern.

### 45 46 **Ausstieg aus der Kernenergie**

47 Mit 65 % ist Bayern das Land mit dem höchsten Atomstromanteil. Die CSU hat die  
48 Zeichen der Zeit immer noch nicht erkannt. Die Atomenergie ist ein Auslaufmodell und

1 kann keinen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Sie ist viel zu riskant, sowohl  
2 im normal Betrieb als auch was den Schutz vor Anschlägen angeht. Außerdem ist die  
3 Lagerung des Atommülls nach wie vor ein ungelöstes Problem. So hat die von den  
4 Stromkonzernen unter tatkräftiger Mithilfe der CSU angezettelte Debatte um längere  
5 Laufzeiten auch keinen klimapolitischen Kern, sondern einen betriebswirtschaftlichen:  
6 rund 300 Mio. € verdienen die Stromkonzerne im Jahr an einem abbeschriebenen AKW.  
7 Eine Laufzeitverlängerung würde also nur bewirken, dass die Energiekonzerne ihren  
8 Profit mit alter Technologie vergrößern und der schnelle Einstieg in erneuerbare  
9 Energien und dezentrale Lösungen verzögert wird. Wir GRÜNE machen uns stark für:  
10 - eine beschleunigte Abschaltung der AKWs innerhalb des gesetzlichen Rahmens;  
11 - die vorzeitige Stilllegung der gegen Terrorangriffe besonders schlecht  
12 geschützten Anlagen, insbesondere das AKW Isar I;  
13 - keine Übertragung von Restlaufzeiten auf ältere Atomkraftwerke.

#### 14 15 **Biomasse, ja aber...**

16 Biomasse, also Pflanzen, Holz, Speisereste, Gülle, Nahrungsmittelreste, ist ein wichtiger  
17 und prinzipiell klimaschonender Energieträger: in der Regel wird bei der Verbrennung  
18 oder anderen Verwertung von Biomasse nur soviel CO<sub>2</sub> frei, wie vorher beim Wachstum  
19 aus der Luft entnommen wurde. Unter dem Strich ist Biomasse also CO<sub>2</sub>-neutral und  
20 somit ein wichtiger Baustein für die Energie der Zukunft. Allerdings muss beachtet  
21 werden, dass die Nutzung von Biomasse auch mit der Lebensmittelversorgung in  
22 Konkurrenz steht und die Artenvielfalt bedrohen kann. So kommt für uns der Import von  
23 Soja- und Palmöl oder Bio-Alkohol, der zu Lasten von Regenwäldern, Torfflächen oder  
24 notwendigen Flächen für den Anbau von Lebensmitteln geht, nicht in Betracht. Gleiches  
25 gilt für den intensiven Anbau von Energiepflanzen und Mais-Monokulturen. Die  
26 Möglichkeiten einer nachhaltigen, ökologisch verträglichen Nutzung der Biomasse sind  
27 vorhanden und müssen auch zur Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern in fairem  
28 Handel genutzt werden. Vorrang hat natürlich die Nutzung der Rest- und Abfallstoffe.  
29 Für den Anbau von Energiepflanzen gibt es bereits jetzt Modelle für eine ökologische  
30 Bewirtschaftung ohne Gentechnik und mit entsprechenden Fruchtfolgen und  
31 Mischfruchtanbau. Die Zertifizierung der eingesetzten Biomasse ist ein notwendiger  
32 Schritt, nicht zuletzt um nicht nachhaltig produzierte Biomasse aus anderen Ländern  
33 abzuwehren.

#### 34 35 **Ein ganzheitliches GRÜNES Verkehrskonzept**

36 Unsere Verkehrspolitik ist gekennzeichnet von einem ganzheitlichen Mobilitätskonzept.  
37 Dabei setzen wir auf eine Kombination von Verkehrsvermeidung, Verlagerung von der  
38 Straße hin zu Bahn, Bus und Rad sowie auf moderne und weniger umweltschädliche  
39 Autos. Der Umweltverbund aus Gehen, Radfahren und öffentlichem Verkehr soll dabei  
40 eine stärkere Rolle übernehmen. Das Ziel des Bayerischen ÖPNV Gesetzes, dass der  
41 öffentliche Personennahverkehr eine Aufgabe der Daseinsvorsorge ist und er im  
42 Interesse des Umweltschutzes, der Verkehrssicherheit, der Verbesserung der  
43 Verkehrsinfrastruktur sowie der Herstellung und Sicherung gleichwertiger  
44 Lebensbedingungen im gesamten Staatsgebiet als eine möglichst vollwertige Alternative  
45 zum motorisierten Individualverkehr zu Verfügung stehen soll, muss endlich umgesetzt  
46 werden. Dies ist ein Gewinn für alle. Es bedeutet weniger Lärm, bessere Luft,  
47 kinderfreundliche Städte und Gemeinden und weniger Naturzerstörung. Und es  
48 bedeutet Mobilität und Lebensqualität für den großen Teil der Bevölkerung ohne

1 Führerschein (37 %) bzw. ohne regelmäßige Verfügbarkeit über einen PKW (knapp 51  
2 %).

### 4 **Verkehrschao Bayern**

5 In keinem anderen Bereich ist die Diskrepanz zwischen notwendigem Klimaschutz und  
6 tatsächlicher Entwicklung so groß wie im Verkehr. Die Zuwachsraten des Verkehrs seit  
7 1990 haben die Einsparerfolge an Treibhausgasemissionen in anderen Sektoren  
8 teilweise wieder aufgezehrt. Der Luftverkehr hat dramatisch zugenommen und gilt trotz  
9 einiger Turbulenzen in den vergangenen Jahren weiterhin als Wachstumsbranche.  
10 Gleichzeitig ist der Flugverkehr die klimaschädlichste Art der Mobilität. Die so genannten  
11 Regionalisierungsmittel, welche die Länder vom Bund zur Finanzierung des öffentlichen  
12 Nahverkehrs erhalten, wurden von der großen Koalition in Berlin deutlich gekürzt. Der  
13 Freistaat hat den Fehlbetrag nicht mit Landesmittel ausgeglichen. Um die  
14 Klimaschutzziele zu erreichen, muss beim Treibhausgas-Ausstoß im Verkehr  
15 schnellstmöglich die Kehrtwende gelingen.

### 17 **Verkehrsbaustellen**

#### 19 **Vermeidung von unnötigem Verkehr**

20 Mit flankierenden Maßnahmen der Raumordnungs- und Siedlungspolitik, der  
21 Bauleitplanung und des Städtebaus werden wir zukünftige Verkehrsprobleme noch vor  
22 ihrem Entstehen verhindern, zumindest aber vorausschauend minimieren. Funktional  
23 zusammen gehörende Bereiche, wie z.B. Wohnen und Arbeiten, müssen zukünftig  
24 wieder näher zusammen geführt werden. Hierzu muss das  
25 Landesentwicklungsprogramm überarbeitet werden. Die Stärkung der Ortszentren muss  
26 Vorrang vor einer weiteren Zersiedelung des Landes haben.

### 28 **Radfahrland Bayern**

29 Das Fahrrad ist die umweltfreundlichste Art sich fort zu bewegen und die ideale  
30 Ergänzung zum öffentlichen Verkehr. Da 60% der PKW-Fahrten unter 6 km lang sind,  
31 gibt es ein hohes Verlagerungspotenzial auf den Radverkehr. Bei einer Verringerung der  
32 PKW-Fahrten bis 6 km um 30 % sieht das Bundesverkehrsministerium eine Einsparung  
33 der Kraftstoffmenge im PKW-Verkehr und damit eine etwa ähnliche Einsparung der  
34 CO<sub>2</sub>-Emissionen um 7% als realistisch an. Um mehr Verkehr vom Auto auf das Fahrrad  
35 zu verlagern, bedarf es einer konsequenten Radverkehrsförderung (z.B. Neubau von  
36 Radwegen).

### 38 **Vernetzung der Verkehrsträger und Mobilitätsmanagement**

39 Zukunftsfähige Verkehrspolitik muss die verschiedenen Verkehrsträger intelligent  
40 miteinander vernetzen, damit die jeweiligen Stärken der einzelnen Verkehrsträger im  
41 vollen Umfang ausgeschöpft werden. Wir werden die Straßenverkehrsordnung ändern,  
42 um optimal abgestimmte Car-Sharing-Standortentwicklung als Schnittstelle zum  
43 öffentlichen Verkehr zu ermöglichen. An Bahnhöfen müssen wettergeschützte und  
44 diebstahlsichere Fahrradabstellmöglichkeiten in ausreichendem Umfang und in  
45 Bahnsteignähe geschaffen werden.

### 47 **Grüne Welle für die Bahn und Bus**

1 Wir setzen uns dafür ein, das Schienennetz deutlich auszubauen, bestehende Strecken  
2 zu erhalten und stillgelegte Strecken und Bahnhöfe zu reaktivieren. Unser Ziel ist der  
3 Wettbewerb auf einem Schienennetz im öffentlichen Eigentum.  
4 Außerhalb der Ballungsräume ist das Angebot im öffentlichen Nahverkehr oft nicht  
5 einmal an Werktagen ausreichend. Damit der öffentliche Nahverkehr auch in ländlichen  
6 Regionen zu einer vollwertigen Alternative zum Auto wird, muss ein regelmäßiger  
7 Betrieb auch nach 20 Uhr und an Wochenenden gewährleistet werden. Daher setzen  
8 wir uns für neue Konzepte wie Rufbusse und Sammeltaxen ein, die auch auf gering  
9 frequentierten Strecken zu finanzieren sind. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Stärkung  
10 der ländlichen Infrastruktur, denn nur so kann die Attraktivität dieser Regionen für junge  
11 Menschen gewährleistet werden, da sich diese oft kein Auto leisten können. Der an sich  
12 erfolgreiche Bayerntakt muss zu einem vollständigen integralen Takt ausgebaut werden,  
13 um Mobilität für Alle zu erreichen.  
14 Insgesamt werden wir den Kundenservice im ÖPNV verbessern. Präzise Durchsagen  
15 (auch bei Verspätungen), wettergeschützte Unterstellmöglichkeiten und Sitzplätze an  
16 Bahnhöfen und Halteplätzen, der barrierefreie Zugang zu den Zügen und Bussen und  
17 ein ausreichendes Sitzplatzangebot in den Fahrzeugen müssen selbstverständlich  
18 werden.

19  
20 **Autoverkehr umweltfreundlicher gestalten**

21 Die Autos auf Bayerns Straßen müssen umweltfreundlicher werden. Ohne  
22 grundlegende Innovationen wird die Herstellung und Nutzung von Automobilen bald an  
23 natürliche - aufgrund des Klimawandels - und ökonomische - aufgrund der  
24 schwindenden Ölvorkommen - Grenzen stoßen. Langfristig müssen dafür  
25 Antriebstechniken zum Zug kommen, die nur sehr geringe Mengen an Schadstoffen  
26 ausstoßen. Hier bieten vor allem Elektromotoren - als reiner Elektroantrieb oder in  
27 Verbindung mit Verbrennungsmotoren (Hybrid) - und regenerativ erzeugter Wasserstoff  
28 sehr gute Perspektiven. In den nächsten Jahren werden jedoch noch die herkömmlichen  
29 Otto- und Dieselmotoren die dominierende Antriebstechnologie sein. Es ist unser Ziel,  
30 diese Autos so umweltfreundlich wie möglich zu gestalten. Dafür müssen die politischen  
31 Weichen richtig gestellt werden. Wir fordern ein Tempolimit auf Bayerns Straßen, klare  
32 und verbindliche Schadstoffobergrenzen und die Umschichtung von Haushaltsmitteln  
33 weg vom Straßenbau hin zum Öffentlichen Verkehr.

34 Bayern muss sich in Bundesratsinitiativen für ein generelles Tempolimit einsetzen. Aus  
35 Gründen der Verkehrssicherheit, des Umweltschutzes und der Erhöhung der Kapazität  
36 ist die Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit für PKW auf Autobahnen auf 120 km/h  
37 notwendig.

38 Bayern muss seine Blockadehaltung gegen CO<sub>2</sub> Obergrenzen für PKW'S aufgeben.  
39 Selbstverpflichtungen der Industrie führen in der Regel nicht zu den gewünschten  
40 Ergebnissen. Wir fordern gesetzliche Obergrenzen von 120 g CO<sub>2</sub> pro km für 2008  
41 (entspricht ca. 5 l/100km) und ab 2012 eine weitere Reduzierung auf 80 g (entspricht ca.  
42 3 l/100 km).

43 Wir werden den Straßenausbau beenden. Das Ziel im Straßenbau ist die  
44 Bestandserhaltung. Damit werden Gelder frei, die zu Gunsten des ÖPNV umgeschichtet  
45 werden müssen.

46 Wir wollen die Zahl der Verkehrstoten in Deutschland bis 2010 halbieren und ein neues  
47 Leitbild in der Verkehrssicherheitspolitik etablieren (vision zero). Eine Abschaffung der

1 KfZ-Steuer und Einführung einer PKW-Vignette lehnen wir ab. Stattdessen fordern wir  
2 eine Spreizung der KfZ-Steuer nach dem CO<sub>2</sub>-Ausstoss.

#### 3 4 **Flugverkehr**

5 Die Subventionierung des Flugverkehrs in Milliardenhöhe muss beendet werden. Wir  
6 fordern:

- 7 - die volle Besteuerung von Kerosin;
- 8 - die Streichung des Extrazuschusses für Kerosin bei Langstreckenflügen am Flughafen  
9 München;
- 10 - die Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel.

#### 11 12 **Kein Ausbau des Flugverkehrs**

13 Wir wenden uns entschieden gegen den Bau der dritten Startbahn des Flughafens  
14 München. Die Grenzen eines vertretbaren Wachstums sind für das dicht besiedelte  
15 Flughafenumland längst erreicht. Eine Reduzierung der Belastung für die Menschen ist  
16 dringend notwendig. Die Gefahren der Gesundheitsschädigung durch Fluglärm werden  
17 immer noch unterschätzt. Deshalb kommt ein weiterer Ausbau des Flughafens für uns  
18 nicht in Betracht. Mit dieser Haltung stehen wir in Übereinstimmung mit einer großen  
19 Zahl von Städten und Gemeinden rund um den Flughafen. Wir unterstützen die mehr als  
20 200.000 Bürgerinnen und Bürger der Region, die durch den Ausbau massiv betroffen  
21 wären.

22 Genauso kann es nicht angehen, dass völlig unkoordiniert im ganzen Land  
23 Regionalflughäfen mit Steuergeldern massiv ausgebaut werden. Diese sind in der Regel  
24 nicht einmal ansatzweise wirtschaftlich zu betreiben. Wir GRÜNEN lehnen deshalb auch  
25 den Ausbau aller übrigen Verkehrslandeplätze und Regionalflughäfen ab.

#### 26 27 **Transrapid**

28 Die von der CSU geforderte Magnetschwebbahn vom Münchner Hauptbahnhof zum  
29 Flughafen ist verkehrspolitischer und finanzpolitischer Unsinn. Die Investitionskosten für  
30 dieses Prestigeprojekt, nach unrealistischen Schätzungen mindestens 1,85 Mrd. Euro,  
31 nach realistischen Schätzungen über 2,5 Milliarden €, sollen überwiegend aus  
32 Steuergeldern und Privatisierungserlösen gezahlt werden. Nach wie vor fehlt ein solides  
33 Finanzierungskonzept. Die Staatsregierung steckt schon jetzt Gelder, die eigentlich zur  
34 Verbesserung des Schienennahverkehrs vorgesehen sind, in Planung und Vorbereitung  
35 des Transrapid. Wir werden den Transrapid in München verhindern und die  
36 Investitionsmittel zugunsten des Schienennahverkehrs umschichten. In keinem Fall darf  
37 es zu einem weiteren Einsatz von Nahverkehrsmitteln für das Prestigeprojekt kommen.  
38 Zur Anbindung des Flughafens fordern wir eine Airport-Express-S-Bahn.

#### 39 40 **Güterverkehr**

41 Bayern als Land in der Mitte Europas ist als Transitland vom Wachstum des  
42 Güterverkehrs in besonderem Maße betroffen. Die fortlaufende Erweiterung der  
43 Straßenkapazitäten kann dabei nicht die Lösung sein. Für einen modernen und  
44 umweltverträglichen Güterverkehr ist die Intermodalität der Verkehrsträger die  
45 Voraussetzung. Wir wollen den Bau von Güterverkehrszentren fördern. Realistische  
46 Preise sind die wesentliche Basis dafür, dass volkswirtschaftlich nicht sinnvolle  
47 Transporte unterbleiben, Leerfahrten vermieden werden und die umweltfreundliche  
48 Schiene mehr Verkehr aufnehmen kann. Die in Berlin beschlossene

1 Schwerverkehrsabgabe ist ein wichtiger Schritt und muss auch auf Bundesstraßen und  
2 LKW unter 12 Tonnen ausgeweitet werden. Wir wollen den diskriminierungsfreien  
3 Wettbewerb sicherstellen, deshalb muss bei der Bahn endlich die Trennung von Netz  
4 und Betrieb erfolgen. Bayern muss darauf hinwirken, dass von DB-Cargo aufgegebene  
5 Schienengüterverkehre von anderen Anbietern übernommen werden können, um auch  
6 zukünftig ein dichtes Netz an Ladestellen auch in ländlichen Räumen zu erhalten. Die  
7 Achslast der LKW darf nicht weiter erhöht werden; ansonsten würde sich die  
8 Wettbewerbsposition der Bahn verschlechtern. Die Belastungen durch den LKW-  
9 Verkehr würden ebenso weiter steigen wie die Kosten für den Unterhalt der Straßen.  
10 Die Sicherheit auf den Fernverkehrsstraßen muss durch intensivere Überwachung der  
11 Geschwindigkeitsbegrenzungen und Überholverbote für LKW erhöht wird. Den so  
12 genannten GigaLiner (Lastwägen mit einem zulässigen Gesamtgewicht von 60 Tonnen  
13 und 25 m Länge) lehnen wir ab.

14 Der Güterverkehr durch das sensible Ökosystem der Alpen (Alpentransit) ist besonders  
15 problematisch. Seit mehr als 20 Jahren propagiert die CSU den Brennerbasistunnel als  
16 Problemlösung und vernachlässigt den Ausbau der Zulaufstrecken in Deutschland zu  
17 den Alpentransitrouten. Wir fordern den Ausbau und die Elektrifizierung folgender  
18 Eisenbahnstrecken Richtung Österreich und Schweiz:

19 -München-Mühldorf-Freilassing-Salzburg

20 -München-Lindau

21  
22 **Binnenschiff**  
23 Obwohl die Binnenschifffahrt im Gütertransport momentan eine geringe Rolle spielt, gilt  
24 sie grundsätzlich für gewisse Güter als umweltverträgliche Alternative im Vergleich zum  
25 Straßengütertransport, zumindest wenn kein naturzerstörender Ausbau der Flüsse  
26 erfolgt. Wir fordern daher, dass die Schiffe den Bedingungen der Flüsse angepasst  
27 werden und nicht umgekehrt.

28  
29 **Müll (Überarbeitung nötig)**  
30 Die Staatsregierung hat zwar umweltfreundliche Ziele im Abfallwirtschaftsplan formuliert,  
31 aber die Gesamtabfallmenge hat sich seit 1990 nicht wesentlich verringert.

32  
33 **An erster Stelle steht bei uns die Müllvermeidung**  
34 Die eigentliche Idee des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und der Verpackungsverordnung,  
35 Abfall zu vermeiden und im Kreislauf zu führen bleiben auf der Strecke. Das Pflichtpfand  
36 für Einweggetränke wird durch Quersubventionen unterlaufen, die Mehrwegquoten  
37 gerade für Mineralwasser gehen dramatisch zurück. Deshalb werden wir uns dafür  
38 einsetzen das Pflichtpfand deutlich zu erhöhen. Der Erhalt der Mehrwegsysteme stärkt  
39 auch die regionalen Wirtschaftskreisläufe. So können zum Beispiel in kleinen  
40 Brauereien Arbeitsplätze erhalten oder geschaffen werden. Da ein Großteil unseres  
41 Hausmülls aus Verpackungen besteht muss die Mehrwegquote auch für weitere  
42 Produkte wie zum Beispiel Milch eingeführt werden.  
43 Wir fordern eine umfassende Werbe- und Aufklärungskampagne für Müllvermeidung,  
44 Trennung und Recycling seitens der Staatsregierung zu starten.

45  
46 **Gegen Müll-Tourismus**  
47 Wir exportieren unseren Müll zur Verwertung in andere Länder wie die Ukraine  
48 (Plastikfraktionen) oder Indien (Elektroschrott). Dort aber schert sich niemand um die

1 Arbeitsbedingungen oder die Umweltstandartstandards. Zudem werden durch den  
2 Transport unnötige CO<sub>2</sub>- Emissionen verursacht. Den Export von Müll, auch zur  
3 Verwertung, lehnen wir deshalb entschieden ab. Wer für die Entstehung des Abfalls  
4 verantwortlich ist, muss sich auch um dessen Verwertung und Entsorgung kümmern.

### 6 **Verwertung statt Verbrennung**

7 Der Energiehunger führt zu einem immer größer werdenden Verbrennungsanteil des  
8 Mülls und der recyclebaren Wertstoffe in Ersatzbrennstoff (EBS)-Kraftwerken. Auch in  
9 Bayern sind EBS- Kraftwerke z. B. in Trostberg und Gersthofen geplant, in denen  
10 heizwertreiche Müllfraktionen zur Energiegewinnung verwendet werden sollen. Dafür  
11 erhalten die Betreiber von den Entsorgern bis zu 100 € je Tonne. Letztendlich entstehen  
12 so neue Müllverbrennungsanlagen. Kommunale Müll-Verbrennungsanlagen mit hohen  
13 Standards bleiben im Preiswettbewerb mit den privaten EBS-Kraftwerken auf der  
14 Strecke. Gleichzeitig wird der EU-weite Handel mit Müll erleichtert. EBS-Anlagen  
15 verhindern die Rückgewinnung von Wertstoffen. Holz, Kunststoffe oder Papier werden  
16 einem Kreislauf entzogen. Statt wertvolle Rohstoffe einfach zu verfeuern müssen neue  
17 und innovative Lösungen zur Verwertung erforscht und zur Marktreife gebracht werden.

### 20 **Blauer Himmel/ Grünes Land - Naturreichtum für alle**

21 Bayern ist reich an vielfältigen, naturnahen Landschaften, Tier- und Pflanzenarten.  
22 Diesen Schatz gilt es für die kommenden Generationen zu bewahren. Um das  
23 Artensterben zu stoppen, muss Naturschutz großflächig erfolgen und darf nicht weiter in  
24 Reservaten eingesperrt bleiben. Wir plädieren für Konzepte, die Landwirtschaft,  
25 Naturschutz und Tourismus integrieren. Deshalb wollen wir den gesellschaftlichen  
26 Dialog zum Naturschutz intensivieren und einen besonderen Schwerpunkt bei der  
27 Umweltbildung setzen. Wir bayerischen Grünen sehen den Naturschutz als eine unserer  
28 wichtigsten politischen Aufgaben. Die Frage nach den ökologischen „Grenzen des  
29 Wachstums“ ist aktueller denn je. Nichts kommt uns so teuer zu stehen wie die  
30 Vernachlässigung ökologischer Belange. Dies bestätigt auch die Studie des ehemaligen  
31 Chefökonom der Weltbank Sir Nicolas Stern. Deswegen ist Ökologie nicht etwas für  
32 wirtschaftliche Schönwetterzeiten, sondern Grundvoraussetzung für den Erhalt unseres  
33 Wohlstandes und für die Verbesserung unserer Lebensqualität. Wir GRÜNE sind die  
34 einzige politische Kraft im Land, die ökologische Verantwortung auch mit konkreten und  
35 konsequenten Handeln verbindet.

### 38 **Naturschutz auf der Roten Liste**

39 Die CSU-Regierung ist der Forderung der EU zur Benennung der europäischen  
40 Schutzgebiete (FFH) nur mit erheblicher Verzögerung und in viel zu geringem Umfang  
41 nachgekommen. Unter der CSU-Landesregierung steht der Naturschutz selbst auf der  
42 "Roten Liste". In Bayern sind gerade einmal 2,2 Prozent der Landesfläche  
43 Naturschutzgebiete. Der Freistaat liegt damit deutlich unter dem bundesweiten  
44 Durchschnitt und wird nur von den Ländern Hessen und Rheinland-Pfalz unterboten.  
45 Tagtäglich verschwindet ein Teil unserer Heimat und der schönen Landschaft unter  
46 Beton und Asphalt. Bayern verliert damit sein Gesicht. In Bayern wurden 2005 täglich  
47 15,8 Hektar Freifläche in Straßen oder Siedlungsflächen umgewandelt. Im Vergleich zu  
48 den anderen Bundesländern wird nur in Sachsen-Anhalt mehr Fläche verbaut. Der Bau

1 von Großeinkaufszentren außerhalb der Ortszentren, so genannter Factory Outlet  
2 Center, setzt diese negative Entwicklung fort. Damit werden mittelständische  
3 Handelsstrukturen und wohnortnahe Versorgung zerstört.

#### 4 5 **Artenschwund verhindern**

6 Wir werden bis 2010 den Rückgang der vorhanden Vielfalt wildlebender Pflanzen und  
7 Tiere stoppen und ab dann eine kontinuierliche Verbesserung erzielen. Die  
8 ausgewiesenen europäischen Schutzgebiete müssen deshalb den gleichen rechtlichen  
9 Schutzstatus wie Naturschutzgebiete erhalten. Bis 2013 werden wir ein gut  
10 funktionierendes Managementsystem für alle FFH und Natura 2000 Gebiete einrichten.  
11 Für den Vertragsnaturschutz müssen wesentlich mehr Mittel zu Verfügung gestellt  
12 werden. Straßen und andere lineare Infrastrukturen stellen ein unüberwindbares  
13 Hindernis für wandernde Wildtiere dar. Durch den gezielten Bau von Grünbrücken  
14 werden wir diese Barriereeffekte abbauen.

#### 15 16 **Ökologische Waldbewirtschaftung und Reform der Jagd**

17 Nur ein gesunder, naturnaher und strukturreicher Wald ist in der Lage, seine vielfältigen  
18 ökologischen und ökonomischen Funktionen nachhaltig zu erbringen. Wir orientieren  
19 uns dabei an den Grundprinzipien einer ökologischen Waldbewirtschaftung und nicht an  
20 kurzfristigen finanziellen Erträgen. Unsere Wälder müssen in Folge des Klimawandels  
21 möglichst rasch in artenreiche Mischwälder umgewandelt werden. Dies stellt gerade für  
22 den Kleinprivatwald eine enorme Herausforderung dar. Hier müssen die staatlichen  
23 Fördergelder deutlich erhöht und die Beratung intensiviert werden. Des Weiteren fordern  
24 wir die Sicherstellung ökologischer und sozialer Standards einer naturgemäßen  
25 Waldwirtschaft, insbesondere im Staatswald. Der Staatswald soll nach international  
26 anerkannten Kriterien zertifiziert werden.

27 Wir GRÜNEN lehnen die einseitig auf Trophäen ausgerichtete Jagd ab. Das Bayerische  
28 Jagdgesetz hat zukünftig auch Aspekte des Tier- und Naturschutzes stärker zu  
29 berücksichtigen. Wir stehen für ein Abschussverbot von Haustieren und ein Verbot der  
30 Fallenjagd. Eine GRÜNE Reform des Jagdgesetzes wird auch die Anpassung der  
31 Schalenwildbestände an die Anforderungen der naturgemäßen Waldwirtschaft sowie ein  
32 Verbot der Wildfütterung beinhalten. Der Grundsatz Wald vor Wild muss auch im  
33 Jagdgesetz verankert werden.

#### 34 35 **Für die frei fließende Donau – eine Region als Weltnatur- und Weltkulturerbe**

36 Die Donau zwischen Straubing und Vilshofen ist ein Naturjuwel von internationaler  
37 Bedeutung. Die natürliche Dynamik der Wasser- und Grundwasserstände hat hier eine  
38 Flusslandschaft mit einmaligem Charakter geschaffen, die zur Heimat unzähliger Tier-  
39 und Pflanzenarten geworden ist. Sie trägt mit Recht den Beinamen „Bayerischer  
40 Amazonas“. Wir setzen deshalb auf einen sanften flussbaulichen Ausbau, der  
41 außerdem nur einen Bruchteil der Kosten verursachen würde. Zudem verläuft parallel  
42 zur Donau eine Bahntrasse, auf der ein Vielfaches dessen ökologisch befördert werden  
43 kann, was auf der Donau transportiert wird. Das Donautal zwischen Straubing und  
44 Vilshofen ist auch ein Geschichts- und Kulturraum internationalen Ranges. Deshalb  
45 streben wir gemeinsam mit vielen anderen Organisationen die Anerkennung der  
46 niederbayerischen Donau als Weltnatur- und Weltkulturerbe durch die Vereinten  
47 Nationen an. Dies würde der gesamten Region, die zu den ältesten Siedlungsgebieten  
48 Mitteleuropas zählt, auch einen wirtschaftlichen Schub geben.

1  
2 **Trendwende beim Flächenverbrauch**  
3 Wir GRÜNEN wollen beim Flächenverbrauch die Trendwende einleiten. Wir fordern für  
4 alle öffentlichen Planungen ab 2020 ein Ende des Flächenverbrauchs ohne äquivalente  
5 Entsiegelung im landesweiten Schnitt. Mit der kommunalen Konkurrenz bei der  
6 Flächenausweisung sind Fehlinvestitionen und weitere kommunale Verschuldung  
7 vorprogrammiert. Vor jeder Neuausweisung von Bauland und Gewerbegebieten müssen  
8 Bedarfsanalysen zur Pflicht werden. Als ein weiteres Steuerungsinstrument sind  
9 handelbare Kontingente für die künftige Siedlungsausweisung für Länder, Regionen und  
10 Gemeinden analog den Emissionshandel im Klimaschutz denkbar. Wer weiterhin  
11 zubetonieren will, soll zumindest für die Entsiegelung andernorts zahlen.

12  
13 **Hochwasserschutz**  
14 In Folge des Klimawandels werden die starken Niederschlagsereignisse weiter  
15 zunehmen. Jahrhunderthochwässer drohen zum jährlichen Katastrophenereignis zu  
16 werden. Hochwasserschutz ist daher ein elementarer Bestandteil der  
17 Anpassungsstrategie an den Klimawandel. Allein der technische Hochwasserschutz  
18 greift aber hier viel zu kurz. Wir wollen den Flüssen wieder mehr Raum gegeben, damit  
19 die Flussauen ihre ökologischen Funktionen zum Wasserrückhalt und als Lebensraum  
20 für Tier- und Pflanzenarten wieder wahrnehmen können. Zudem ist die  
21 Speicherfähigkeit der Böden flächendeckend zu verbessern. Hierzu ist der Ausbau der  
22 ökologischen Landwirtschaft notwendig aber auch eine Trendwende bei der  
23 Flächenversiegelung. Zur Schadensvermeidung ist keine weitere Bebauung in  
24 Überschwemmungsgebieten zuzulassen.

25  
26 **Gewässerschutz**  
27 Der Ausbau der Kläranlagen hat zu einer Verbesserung der Gewässerqualität geführt.  
28 Unser Ziel ist es, mindestens Gewässergüteklasse II in allen Flüssen zu erreichen. Als  
29 nächsten Schritt brauchen wir eine weitere Gewässerschutzoffensive, mit welcher die  
30 Ufer und Auen geschützt und der ökologische Zustand der Gewässer verbessert wird.  
31 Dazu sind eine Extensivierung der Landwirtschaft sowie Renaturierungsmaßnahmen  
32 notwendig. Beim Grundwasser ist unser Ziel ein flächendeckender sowohl qualitativer  
33 als auch quantitativer guter Grundwasserzustand. Hierzu müssen die Einträge aus  
34 Pflanzenschutzmitteln und Nitrat deutlich reduziert werden. Auf Grund von Hitze und  
35 Trockenheit wird es in einigen Teilen Bayerns zu Problemen mit der Wasserführung von  
36 Gewässern und zu Mangel von Grund- und Trinkwasser kommen. Hier sind rechtzeitig  
37 Sparmaßnahmen umzusetzen. Wir werden auf Bewirtschaftungsmaßnahmen in der  
38 Landwirtschaft setzen, z.B. Mischfruchtanbau, um die künstliche Bewässerung zu  
39 minimieren und Wassersparttechnologien in Gewerbeprozessen und Gebäuden fördern.

40  
41 **Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
42 **Schutz der Heimat und der Menschen**  
43  
44 Nur eine dauerhaft ökologisch und bäuerlich geführte Landwirtschaft kann auch für die  
45 nächsten Generationen unsere Lebensgrundlagen schützen und erhalten. Dauerhaft  
46 fruchtbarer Boden für die Ernährung der Bevölkerung, sauberes Wasser als  
47 Lebensmittel Nr. 1 und gute Luft zum Atmen sind unsere Lebensgrundlagen. Diese  
48 werden nicht unerheblich durch die Art und Weise der Landbewirtschaftung beeinflusst.

1 Eine fehlgeleitete Agrarpolitik hat in den vergangenen Jahrzehnten viele Bäuerinnen  
2 und Bauern gezwungen, von dieser Art der nachhaltigen Wirtschaftsweise  
3 abzukommen. Aber ohne Landwirtschaft gäbe es ebenfalls diese Lebensgrundlagen  
4 nicht. Deshalb ist unsere Aufgabe der Erhalt und die Förderung einer naturnahen  
5 umwelt- und klimaschonenden sowie gentechnikfreien Landwirtschaft. Ein Bauernhof ist  
6 keine Fabrik in der alles automatisiert und rationalisiert werden kann. Nur ein  
7 bäuerlicher Betrieb kann auf Dauer den Schutz unserer Kulturlandschaft, der Schöpfung  
8 unserer Erholungsflächen und unsere Heimat sichern und bewahren.

9 Unsere Zielvorstellungen erfüllt der ökologische Landbau, da er einen wichtigen Beitrag  
10 zur Reduzierung der klimaschädlichen Gase leistet, indem er nur die Hälfte der  
11 Immissionen der konventionellen Landwirtschaft verursacht. Durch gezielten  
12 Humusaufbau können darüber hinaus erhebliche Mengen Kohlendioxid aus der  
13 Atmosphäre gebunden werden. Der ökologische Landbau ist auch eine Antwort auf die  
14 Herausforderungen, denen sich die Landwirtschaft durch die Klimaveränderung stellen  
15 muss. Deshalb gilt für uns Grüne mehr denn je: Der ökologische Landbau muss das  
16 Leitbild für die Landwirtschaft sein.

17 Besonderes Augenmerk in der künftigen Ausrichtung bayerischer Agrarpolitik muss  
18 einer deutlichen Verlangsamung des Strukturwandels unter anderem durch eine gezielte  
19 Förderpolitik gelten. Gerade in Grenzertragsregionen führt ein Fortschreiten des  
20 Strukturwandels zum Brachliegen vieler Flächen. Nur durch genügend Menschen, die in  
21 der Landwirtschaft arbeiten, kann unsere Kulturlandschaft flächendeckend erhalten  
22 bleiben.

23 Die Entwicklung regionaler Wertschöpfungsketten ist nicht nur ein wichtiger Beitrag zum  
24 Erhalt der bäuerlichen Betriebe, sondern bietet durch hohe Transparenz bei Erzeugung  
25 und Verarbeitung von Lebensmitteln optimalen Verbraucherschutz bei höchster Qualität.  
26 Es gilt regional vor global.

27 Der Anbau nachwachsender Rohstoffe wird künftig ein wichtiges Standbein für eine  
28 Vielzahl landwirtschaftlicher Betriebe darstellen. Bei der Weiterentwicklung dieses  
29 Segments müssen auch die Grenzen deutlich gemacht werden. Zum einen wenn es zu  
30 einer nicht mehr zu akzeptierenden Verdrängung der Lebensmittelerzeugung führt und  
31 zum anderen, wenn gerade im Bereich Biogas die Maismonokulturen den Anspruch  
32 einer naturnahen und umweltfreundlichen Produktion unterlaufen.

33  
34 **Weichen werden falsch gestellt**

35 Im Rahmen einer zunehmenden Liberalisierung der Weltmärkte stehen die Zeichen von  
36 München bis Brüssel auf Wachstum und Intensivierung. Deutlicher Beleg dafür ist die  
37 geplante Abschaffung der Milchquote, die bis tief in CSU und Bauernverband hinein  
38 Zustimmung findet. Obwohl dann mindestens die Hälfte der Milchviehbetriebe in den  
39 nächsten zehn Jahren ihre Stalltüren schließen müssen mit Konsequenzen für das  
40 nachgelagerte Gewerbe. Diese Wachstumspolitik zeigt sich in Bayern am neuen  
41 Agrarwirtschaftsgesetz, in dem als oberstes Ziel die Wettbewerbsfähigkeit der  
42 sogenannten „landwirtschaftlichen Zukunftsbetriebe“ steht. Im Gegensatz kommen  
43 Nebenerwerbsbetriebe, die immerhin 60 % unserer bayerischen Bauernhöfe  
44 ausmachen, gar nicht mehr vor. In die gleiche Richtung zielt die Neugestaltung der  
45 Förderprogramme. Während Förderungen für den Erhalt der Kulturlandschaft deutlich  
46 gekürzt wurden, hat man die Investitionsförderungen erhöht und auch noch auf die  
47 Schweinemast ausgedehnt. Dafür ist Bayern, einst Spitzenreiter im ökologischen  
48 Landbau. inzwischen sowohl was den Anteil der Biobauern als auch der

1 bewirtschafteten Flächen anbelangt, weit unter den Bundesdurchschnitt gerutscht.  
2 Schlimmer noch, als Ergebnis der halbherzigen Politik der Staatsregierung auf diesem  
3 Gebiet scheinen die bayerischen Bauern den Nachfrageboom am Biomarkt völlig zu  
4 verschlafen. Mit der fatalen Folge, dass die Bioprodukte importiert werden und wir  
5 wichtige Marktanteile verlieren. Auch bei der Agrogentechnik fährt die Staatsregierung  
6 einen Schlingerkurs. Neben Sachsen-Anhalt ist Bayern das einzige Bundesland, das  
7 den Erprobungsanbau aktiv unterstützt und sich damit zum Handlanger der  
8 Gentechnikmultis macht. Andererseits weigert sie sich hartnäckig, die Gründung  
9 gentechnikfreier Regionen zu unterstützen. Unter dem Druck von Bauern und  
10 Verbrauchern, die mit deutlicher Mehrheit die Gentechnik in der Landwirtschaft  
11 ablehnen, rudern aber auch Miller & Co. zurück. Wer den Bauern abrät, Genmais  
12 anzubauen, braucht auch keinen Erprobungsanbau.

13 Die jüngsten Gammelfleischskandale in Bayern haben gezeigt, dass

- 14
- 15 - in der Anonymität des internationalen Fleischhandels Betrüger leichtes Spiel
- 16 haben und echter Verbraucherschutz nur schwer zu gewährleisten ist.
- 17 - fast alles verkauft werden kann, wenn es nur billig ist
- 18 - es eklatante Lücken bei der Überwachung (Kontrolle) solcher Großstrukturen in
- 19 Bayern vorhanden sind
- 20

21 Die Konsequenzen der Staatsregierung waren halbherzig und völlig unzureichend.  
22 In den letzten Jahren haben die Pestizidrückstände in Obst und Gemüse zugenommen.  
23 Es ist paradox, wenn der Lebensmitteleinzelhandel seinen Lieferanten zum Teil  
24 niedrigere Grenzwerte abverlangt als die gesetzlich vorgeschriebenen.

25 Auch beim Tierschutz hat die Staatsregierung deutlich gemacht, wie sie ihre Prioritäten  
26 setzt. Zuerst das Geschäft, dann der Tierschutz. So hat Bayern die Aufweichung des  
27 Käfigverbots bei den Legehennen durch die ausgestalteten Käfige mitgetragen und sich  
28 geweigert, die Anbindehaltung bei Pferden zu verbieten.

29

### 30 **Klasse statt Masse**

31 Die Mehrheit der bayerischen Bauern hat in einer zunehmenden Globalisierung bei den  
32 landwirtschaftlichen Erzeugnissen unter den derzeitigen Rahmenbedingungen und  
33 angesichts kleiner Betriebsstrukturen kaum Chancen zu überleben. Dem gegenüber  
34 steht die Tatsache, dass es auf dieser Welt immer mehr Menschen gibt und diese  
35 Menschen ernährt werden müssen. Produktion von Lebensmitteln wird also auch in  
36 Zukunft flächendeckend und unter Einhaltung unserer Lebensgrundlagen möglich sein  
37 müssen. Wir müssen verhindern, dass Lebensmittelproduktion erst dann zum  
38 Riesengeschäft wird, wenn es in der Hand weniger liegt. Deshalb muss für unsere  
39 Betriebe gelten: Klasse statt Masse, da nur so die von der Gesellschaft eingeforderten  
40 Rahmenbedingungen eingehalten werden können und die Höfe dauerhaft  
41 Überlebenschancen haben.

42 Das Prinzip der Förderung nach dem Motto „wer hat, dem wird gegeben“ muss radikal  
43 geändert werden. Wir müssen konsequent die Leistungen der Bauern für Wasserschutz,  
44 Umwelt, Tier und Naturschutz fördern. Nachdem die Mittel für diesen Bereich als Folge  
45 des EU-Gipfels 2005 deutlich gekürzt wurden, ist es notwendig, Mittel aus dem großen  
46 Fördertopf erste Säule zu deckeln und die frei werdenden Mittel umzuschichten.

47

48

1 Erhaltung bäuerlicher Strukturen

2  
3 Bayern muss die Änderung der Förderung auf Bundes- und EU-Ebene intensiv  
4 vorantreiben.

- 5  
6 - Das bayerische Kulturlandschaftsprogramm muss finanziell aufgestockt werden.  
7 - Zur Erhaltung der bäuerlichen Milchviehbetriebe muss sich Bayern massiv für die  
8 Beibehaltung und Weiterentwicklung der Milchquote stark machen. Die Milch  
9 gehört in Bauernhand und nicht in die Hand der Konzerne.  
10 - Regionale Vermarktungsstrukturen sind gezielt und effizient zu fördern. Dazu ist  
11 es notwendig, die Haushaltsansätze in diesem Bereich deutlich zu erhöhen.  
12 - Förderungen wie die Ausgleichszulage müssen nach Betriebsgröße gestaffelt  
13 werden.  
14 - Die Flächenprämien müssen Schritt für Schritt in Arbeitskraftprämien umgestaltet  
15 werden, denn nicht Fläche, sondern die Arbeitskraft soll gefördert werden.  
16 - Zur Stärkung der Grünlandstandorte fordern wir die Einführung einer  
17 Weideprämie.  
18 - Die Bildungsmöglichkeiten für die Nebenerwerbsbetriebe muss so gestaltet  
19 werden, dass sie hohe Qualität und Vereinbarung mit der Berufstätigkeit bietet.  
20

21 Förderung des ökologischen Landbaus

22  
23 Der ökologische Landbau muss in Beratung und Bildung das Leitbild überzeugend  
24 vertreten und nicht als rückständige Nische abgetan werden. Dazu bedarf es einer  
25 deutlichen Erhöhung der Stellenzahl, einer reformierten Aus- und Fortbildung der  
26 Berater und einer neuen Schwerpunktsetzung in der Landesanstalt.

- 27  
28 - Die Umstellung auf ökologische Bewirtschaftung muss von Seiten der  
29 Gesellschaft unterstützt werden.  
30 - Das Angebot von regionaler Biokost in allen staatlichen Einrichtungen wäre ein  
31 wichtiges Signal für die Unterstützung des ökologischen Landbaus.  
32

33 Zur Sicherung der Gentechnikfreiheit

- 34  
35 - Keine Aufweichung der Haftungsregelung im Gentechnikgesetz.  
36 - Kein weiterer Anbau von GVO in Bayern auch nicht auf staatlichen Flächen.  
37 - Aufbau eines gentechnikfreien Futtermittelmarktes in Bayern auch für Soja und  
38 andere Eiweißträger.  
39 - Verschärfte Kontrollen des Saatguts und der Futtermittel auf GVO.  
40 - Einführung des realistischen Grenzwerts von 0,1 % in der Saatgutverordnung auf  
41 europäischer Ebene.  
42 - Ausdehnung der Kennzeichnungsverordnung auf Lebensmittel tierischer  
43 Herkunft, z. B. Milch, Fleisch, Honig-  
44 - Verstärkte Kontrolle der Kennzeichnungsverordnung insbesondere in  
45 Gaststätten, Kantinen, Imbissbuden und Bäckereien.  
46 - Rechtliche Absicherung der Einrichtung gentechnikfreier Regionen.  
47 - Aufbau einer gentechnikfreien Initiative Bayern durch Zusammenarbeit der  
48 gentechnikfreien Regionen in Bayern.

1  
2 Verbesserung des Verbraucherschutzes  
3

4 Essen und Trinken dient nicht nur der Sättigung, sondern wahre Lebensmittel haben die  
5 Aufgabe, dem menschlichen Körper Energie und Kraft zu geben, die Gesundheit zu  
6 stärken und dies alles bei entsprechendem Genuss. Dieser entscheidenden Aufgabe  
7 müssen sich alle Verantwortlichen von der Erzeugung über die Verarbeitung, der  
8 Vermarktung und der Kontrolle bewusst sein. Genau so bewusst müssen sich aber auch  
9 die Verbraucherinnen und Verbraucher dieser Tatsache sein.

- 10  
11 - Um den Verbraucherschutz zu verbessern müssen Kontrollstrukturen  
12 grundsätzlich reformiert werden. Dabei ist die zentrale Aufgabe Lebensmittel- und  
13 Veterinärkontrollen künftig in einer eigenen von den Landratsämtern  
14 unabhängigen Behörde unter dem Dach des Landesamtes für  
15 Gesundheitsschutz und Lebensmittelsicherheit zu bündeln.  
16 - Verstöße gegen das Lebensmittelrecht müssen konsequenter und schärfer  
17 geahndet werden. Bußgelder müssen sich am tatsächlichen Umsatz des  
18 Unternehmens orientieren.  
19 - Um für die Verbraucher und Verbraucherinnen Transparenz zu gewährleisten,  
20 müssen die Wege in der Lebensmittelproduktion offen gelegt und Lebensmittel  
21 gekennzeichnet werden.  
22 - Die Grenzwerte für Pestizidbelastung von Lebensmittel muss auf den Prüfstand.  
23 - Eine Verbesserung der Beratung im Bereich Ernährung und Verbraucherschutz  
24 ist notwendig.  
25 - Mehr handwerkliche Verarbeitungs- und Vermarktungsbetriebe im  
26 Lebensmittelbereich.

27  
28 **Konsequenter Tierschutz**  
29

- 30 - Einführung des Verbandsklagerechts für Tierschutzverbände.  
31 - Intensivierung der Umstellungsprogramme für artgerechte Tierhaltung und  
32 entsprechende begleitende Beratung der Landwirte.  
33 - Erarbeitung umfassender Managementpläne für Wildtiere unter Einbeziehung der  
34 Natur- und Tierschutzverbände.  
35 - Endlich Verbot der Legebatteriehaltung von Hühnern.  
36  
37

38 **GRÜNE Wirtschaftspolitik für Bayern**

39 GRÜNE Wirtschaftspolitik für Bayern heißt: die ökologische Modernisierung  
40 voranbringen, den Mittelstand fördern, Innovationen anschieben und unterstützen, die  
41 kommunale Daseinsvorsorge garantieren, das Bildungssystem leistungsfähig,  
42 hochwertig und gerecht gestalten, eine gut funktionierende, ökologisch und sozial  
43 verträgliche Infrastruktur schaffen. Wir GRÜNE stehen für eine Wirtschaftspolitik, die auf  
44 der einen Seite das gesellschaftliche und individuelle Wohlergehen fördern will, auf der  
45 anderen Seite der Begrenztheit der natürlichen Ressourcen Rechnung trägt.  
46 Wirtschaftspolitik muss in unseren Augen mithelfen, für eine möglichst gerechte  
47 Teilhabe aller an der Wertschöpfung und für Geschlechtergerechtigkeit zu sorgen und

1 sie muss die Anliegen der Menschen in allen Teilen dieser Erde und die Interessen  
2 künftiger Generationen berücksichtigen.

3 Basis unserer Wirtschaftspolitik ist unbestritten die Soziale Marktwirtschaft mit dem  
4 Markt als dominierendem Steuerungsprinzip bei gleichzeitig starkem sozialem  
5 Ausgleich. Wir sagen aber auch klar: Markt ist nicht alles und Markt kann nicht alles. Die  
6 vielerorts anzutreffende Überhöhung des Marktes und die aktuell laut vorgetragene  
7 Forderung nach Privatisierung und Liberalisierung in immer mehr gesellschaftlichen  
8 Bereichen lehnen wir ab. Neben dem sozialen Ausgleich, vor allem durch Steuern und  
9 Transfers, gilt es, über ein stringentes Wettbewerbs- und Kartellrecht den Markt zu  
10 zügeln und vor Selbstzerstörung zu bewahren. Und dann gibt es Bereiche der  
11 Infrastruktur, der kommunalen Daseinsvorsorge, in denen sich der Freie Markt eben  
12 nicht bewährt.

13 Wirtschaftspolitik darf keine falschen Versprechungen machen, keine Illusionen wecken.  
14 Sie kann und muss in unseren Augen positive Rahmenbedingungen schaffen, soziale  
15 und ökologische Standards setzen, Innovationen anschieben und öffentliche Güter  
16 bereitstellen. Wertschöpfung und Arbeitsplätze kann der Staat selbst nur in begrenztem  
17 Umfang schaffen. Auch wollen wir keinen reglementierenden und bevormundenden  
18 Staat, weil Freiheit und Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt  
19 allen, so auch wirtschaftenden Handelns stehen müssen.

20 Wirtschaftspolitik in Bayern muss dafür Sorge tragen, dass Bayern als  
21 Wirtschaftsstandort zukunftsfähig bleibt, dass Chancen genutzt werden und  
22 Schwachpunkten und Defiziten entgegengearbeitet wird. Bayern ist ein  
23 wirtschaftsstarkes Land. Allerdings wird in letzter Zeit im Hinblick auf Grunddaten zu  
24 Wirtschaftskraft und Wirtschaftsleistung wie Wachstum, Arbeitslosen- und  
25 Beschäftigtenzahlen der Vorsprung zu den anderen Bundesländern geringer. Im  
26 Ranking zur Wirtschaftsdynamik unter den Bundesländern ist Bayern von Jahr zu Jahr  
27 zurückgefallen. Auch sind die Disparitäten, ist das Gefälle von Region zu Region, von  
28 Arbeitsamtsbezirk zu Arbeitsamtsbezirk, in Bayern riesengroß. Zudem haben in Bayern  
29 zahlreiche Bürgerinnen und Bürger relativ schlecht bezahlte Stellen, was sich vor allem  
30 im Hinblick auf die individuelle Alterssicherung als Riesenproblem darstellt. Schon jetzt  
31 liegen die Durchschnittsrenten in Bayern weit unter denen in Deutschland insgesamt.  
32 Belastungen für den Wirtschaftsstandort Bayern drohen auch aus gravierenden  
33 Versäumnissen von Staatsregierung und CSU-Mehrheit im Landtag in der  
34 Infrastrukturpolitik und in der Bildungspolitik. Bayern hat die niedrigste  
35 Abiturientenquote, schon jetzt fehlen Ingenieure. Viel zu viele Jugendliche brechen ihre  
36 Schullaufbahn bzw. ihre berufliche Ausbildung ab, gleichzeitig gibt es einen Mangel an  
37 Facharbeitern.

38 Statt sich um die Versorgung des ländlichen Raums etwa mit Breitbandanschlüssen zu  
39 kümmern, treiben CSU und Staatsregierung mehr und mehr vor allem über den  
40 Straßenbau die Zubetonierung unserer Landschaft voran. Insgesamt setzen  
41 Staatsregierung und CSU in der Strukturpolitik auf überholte Konzepte.

42 Wir GRÜNE in Bayern wollen, keine Förderung überkommener Strukturen oder  
43 sündteurer Prestigeprojekte, keine Staats- und keine Spezlwirtschaft. Wir kämpfen für  
44 eine andere Wirtschafts- und eine andere Umweltpolitik. Wir wollen eine Politik, die  
45 beispielsweise die Energiewende unterstützt und den öffentlichen Verkehr voranbringt,  
46 also Umwelt und Menschen gut tut und Arbeitsplätze schafft. Über eine entsprechende  
47 Wirtschaftsförderung einschließlich der Struktur- und Regionalförderung, aber auch mit  
48 einer entsprechenden Bildungspolitik und einer entsprechenden Infrastrukturpolitik gilt

1 es, die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige und zukunftsfähige Wirtschaft zu  
2 setzen. Der hohe Anteil der exportorientierten Industrie, die Grenzöffnung in Richtung  
3 Osten, die Abhängigkeit von Rohstoffen und der in Teilen des Landes bereits spürbare  
4 demografische Wandel stellen die Wirtschaft in Bayern vor große Herausforderungen,  
5 bieten gleichzeitig aber auch große Chancen.

### 7 **Umwelt- und Klimaschutz als Standortfaktor – Mit grünen Ideen schwarze 8 Zahlen schreiben**

9 Erfolgreiche Wirtschaftspolitik und erfolgreiche Umweltpolitik sind für uns kein  
10 Widerspruch; im Gegenteil: eine moderne Wirtschaftspolitik ist auch zu messen an  
11 Nachhaltigkeit und ökologischer Tragfähigkeit. Besondere Anliegen grüner  
12 Wirtschaftspolitik waren und sind die Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen und  
13 die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Die rot-grüne Bundesregierung hat mit  
14 einer Reihe von Maßnahmen die Bedingungen für umweltgerechtes Wirtschaften und  
15 für eine erfolgreiche Regionalwirtschaft verbessert. Zu nennen sind hier insbesondere  
16 die Ökosteuer und das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG). Letzteres zum Beispiel  
17 dient nicht nur dem Umweltschutz, sondern stärkt auch ganz gezielt Handwerksbetriebe  
18 und sorgt für hohe Wertschöpfung vor Ort. Dass sich mit grünen Projekten schwarze  
19 Zahlen schreiben lassen, ist längst belegt: Wärmedämmung, der Ausbau von  
20 Solartechnik und Windkraft oder die Einführung des Dosenpfandes gegen den  
21 Widerstand der Staatsregierung dienen nicht nur dem Umweltschutz, sondern stärken  
22 Handwerksbetriebe bzw. mittelständische Brauereien und den mittelständischen  
23 Getränkefachhandel und sorgen für hohe Wertschöpfung in den bayerischen Regionen.  
24 Wir Grüne setzen auf die Förderung umwelt- und ressourcenschonender, intelligenter  
25 Technologien und Produktionsverfahren, weil dieser Bereich auch im globalen Maßstab  
26 immer wichtiger wird.

27 Umweltschutz ist ein wichtiger Standortfaktor, gerade auch in und für Bayern. So ist  
28 etwa der Fremdenverkehr, zweitgrößter Wirtschaftszweig in Bayern, darauf angewiesen,  
29 dass Natur und Umwelt in Bayern nicht weiter zerstört werden. Der Klimawandel mit  
30 seinen drohenden dramatischen Auswirkungen macht eines deutlich: wir müssen sofort  
31 den Ausstoß klimaschädlicher Gase zurückfahren, das heißt vor allem die  
32 Energieeinsparung und den Einsatz regenerativer Energien massiv forcieren. Für die  
33 produzierende Wirtschaft in Deutschland, so auch in Bayern, ist dies gleichzeitig  
34 Herausforderung und Chance. Vor dem Hintergrund der Notwendigkeit, den Ausstoß  
35 klimaschädlicher Gase zu verringern, und auch angesichts der zunehmenden  
36 Verknappung und Verteuerung von immer mehr Rohstoffen, erweisen sich führende  
37 Positionen in der Umwelttechnologie und im betrieblichen Umweltschutz als immense  
38 Wettbewerbsvorteile, national wie international.

### 40 **DIE GRÜNEN als Partner für den Mittelstand in Bayern**

41 Kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) sind das Rückgrat der Wirtschaft in  
42 Bayern. Sie leisten einen zentralen Beitrag zur Schaffung und Sicherung von Arbeits-  
43 und Ausbildungsplätzen, zeichnen sich aus durch große Standorttreue und können sich  
44 häufig rascher als Großunternehmen an veränderte Marktbedingungen anpassen. Wir  
45 GRÜNE wollen eine gezielte Politik für den Mittelstand machen. Mittelstandsfeindliche  
46 Aktionen à la Staatsregierung und CSU wie die Begünstigung von Großmärkten auf der  
47 grünen Wiese, die Blockade des Dosenpfandes oder das Überziehen kleiner und

1 mittelgroßer Unternehmen mit bürokratischen Anforderungen, wird es mit uns nicht  
2 geben.  
3 Wir wollen dafür sorgen, dass öffentliche Aufträge möglichst in kleinen Losen vergeben  
4 werden, also weniger an Generalunter- oder -übernehmer gehen. Die  
5 Wirtschaftsförderung soll übersichtlicher werden und sich stärker auf kleine und mittlere  
6 Unternehmen konzentrieren. Wichtiges Anliegen ist uns auch der Schutz privater  
7 Erwerbsunternehmen, vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen, vor öffentlichen  
8 Betrieben bzw. massiv mit öffentlichen Geldern geförderten Unternehmen. Die  
9 Subsidiaritätsklausel im kommunalen Wirtschaftsrecht darf hier nicht Worthülse bleiben,  
10 sondern muss greifen. Schließlich gilt es, den Wissenstransfer aus Hochschulen und  
11 öffentlichen Forschungseinrichtungen wie auch die Forschungsförderung generell  
12 stärker in Richtung KMU zu lenken.

### 13 14 **Wirtschafts- und Strukturförderung – Transparenz, Evaluierung und** 15 **Konzentration auf kleine und mittlere Unternehmen**

16 Die Wirtschafts- und Strukturförderung in Bayern gilt es zu reformieren. Die schier  
17 endlose Zahl von Förderprogrammen ist für viele KMU unüberschaubar und kann  
18 deshalb von ihnen auch nicht systematisch genutzt werden. Umgekehrt werden durch  
19 diese Intransparenz Mitnahmeeffekte begünstigt. Die Förderprogramme müssen  
20 deshalb radikal reduziert und übersichtlicher ausgestaltet werden. Die starke  
21 Konzentration auf Investitionsförderung sollte aufgegeben werden. Stattdessen sollte  
22 mehr auf Beratungsprogramme, z.B. Finanzierungs-, Übernahme- und  
23 Gründungsberatung, und auf Programme, die die Eigenkapitalbildung insbesondere in  
24 KMU unterstützen bzw. der Konsolidierung dienen, gesetzt werden. Weiterhin zentrale  
25 Forderungen der GRÜNEN sind die Herstellung von Transparenz und die Evaluierung  
26 der einzelnen Fördermaßnahmen. Bei der Förderung von Kommunen zur Schaffung  
27 „wirtschaftsnaher Infrastruktur“ muss beispielsweise aufhören, dass unkoordiniert  
28 geplante, flächenfressende Gewerbegebiete unterstützt werden.

### 29 30 ***Fehlt: Technologiepolitik***

### 31 32 **Weniger ist Mehr – Weniger Staats- und Spezlwirtschaft, weniger Förder-Wirr-Warr**

33 Ein Credo und Haupttenor unserer wirtschaftspolitischen Philosophie lautet: Weniger ist  
34 oft Mehr. Das heißt zum Beispiel nicht nur weit weniger Fördertöpfe und damit mehr  
35 Transparenz in der Wirtschaftsförderung, sondern insgesamt weniger Subventionierung,  
36 weniger Staatswirtschaft und Interventionismus. Vor allem eines sollte endlich klar sein:  
37 Der (Frei)Staat ist kein Unternehmer. Ausflüge der Staatsregierung in die  
38 Unternehmenspolitik endeten viel zu oft im Desaster: Maxhütte, Deutscher Orden,  
39 Landeswohnungs- und Städtebaugesellschaft (LWS), Schneider Technologies, die  
40 Kirch-Pleite, die desaströsen Online-Aktivitäten der Staatsregierung oder die Träume  
41 und dann Alpträume um die „Bayernbank“ (Hypo-Vereinsbank) sind nur einige Beispiele,  
42 bei denen die selbsternannten Wirtschaftskapitäne aus der Staatsregierung das Schiff  
43 geradewegs in die Havarie geführt haben.

### 44 45 **Regionen als Verbündete**

46 Wir wissen um die Potenziale der Regionen in Bayern und wollen sie von der  
47 Landesebene aus unterstützen, ihre Stärken selber weiter zu entwickeln. Voraussetzung  
48 dafür sind wiederum finanziell gesunde und eigenständige Kommunen. Wir setzen auf

1 regional abgestimmte Konzepte bei der Schaffung von Infrastruktur und bei der  
2 Siedlungs- und Gewerbeentwicklung sowie auf die Zusammenarbeit mit den  
3 Bürgerinnen und Bürgern vor Ort so etwa mit lokalen Agenda-21-Gruppen. Wir wollen  
4 den Dialog zur Entwicklung der Regionen mit allen Betroffenen organisieren. Wichtiges  
5 Ziel ist uns die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, der Ausbau der  
6 Regionalvermarktung. Sie erhöhen die Wertschöpfung vor Ort, erhalten Arbeitsplätze,  
7 helfen kleinen und mittleren Unternehmen, erhalten die Vielfalt in den Regionen Bayerns  
8 und entlasten über kürzere Wege die Umwelt. Durch die Förderung dezentraler  
9 Strukturen wollen wir alle Regionen Bayerns stärken und so die Lebensqualität in ganz  
10 Bayern erhöhen.

11

## 12 ***Fehlt: Tourismus***

13

### 14 **Gegen Korruption, illegale Kartelle und illegalen Niedriglohn**

15 Korruptionsdelikte wie Bestechung oder Bestechlichkeit aber auch Preisabsprachen und  
16 andere Kartelle sowie durch illegalen Niedriglohn ermöglichte Dumpingangebote  
17 verhindern fairen Wettbewerb und damit das Funktionieren effektiver und effizienter  
18 Märkte. Wir GRÜNE fordern endlich ernsthafte Sanktionen gegen Unternehmen, die  
19 bestechen oder sich bestechen lassen, oder die mit anderen illegalen Maßnahmen den  
20 Wettbewerb aushebeln und Dritten schaden. So setzen wir uns ein für öffentlich  
21 zugängliche Register über unzuverlässige Unternehmen und für den Ausschluss solcher  
22 Unternehmen von öffentlichen Aufträgen.

23 Illegaler ausbeuterischer Niedriglohn greift auf Bayerns Baustellen, aber auch bei  
24 Saisonarbeitskräften in der Gastronomie und in der Landwirtschaft immer mehr Platz.  
25 Wir kämpfen dafür, dass hier entgegengesteuert wird durch die Stärkung der  
26 Kontrollbehörden vor Ort in ihrer Ausstattung und Eingriffsbefugnis, vor allem aber durch  
27 verbesserte Sanktionsmöglichkeiten. So gilt es, den Durchgriff auf den originären  
28 Auftraggeber wie etwa den Generalunternehmer oder den öffentlichen oder  
29 gewerblichen Bauherren zu verbessern. Bayern braucht ein einschlägiges Register, in  
30 das neben klassischen Korruptionsdelikten Steuerhinterziehung und Verstößen gegen  
31 das Kartellrecht auch illegale Beschäftigung, Verstöße gegen das  
32 Arbeitnehmerentgeltgesetz und die Veruntreuung von Arbeitsentgelt Eingang finden.

33

### 34 **Öffentliche Aufträge als Hebel zu mehr Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit**

35 Das Auftragsvolumen und damit die Marktmacht der öffentlichen Hand sind riesengroß.  
36 Allein der Freistaat beschafft jedes Jahr Sach- und Dienstleistungen für mehrere  
37 Milliarden Euro, die Auftragsvolumina der Bayerischen Kommunen liegen noch um ein  
38 Vielfaches höher. Vor diesem Hintergrund sollte die öffentliche Hand im Bereich der  
39 Ausschreibungen und Vergaben wie im öffentlichen Beschaffungswesen generell ihrer  
40 Vorbildfunktion gerecht werden und möglichst auch eine Vorreiterrolle einnehmen. Für  
41 den Umweltschutz und den Klimaschutz gilt das Gleiche. Hinzu kommt, dass fairer  
42 Wettbewerb um öffentliche Aufträge eben dann nicht herrscht, wenn das eine  
43 Unternehmen Tariflohn zahlt, das andere aber nicht, wenn das eine Unternehmen  
44 ausbildet und das andere nicht, oder wenn der eine Anbieter besondere  
45 Umweltstandards erfüllt und der andere nicht.

46 Wir setzen uns dafür ein, dass endlich umfassend ökologische und soziale Standards  
47 als Vergabekriterien berücksichtigt werden, so wie dies nach Europäischem Recht  
48 schon lange erlaubt ist. Auf Initiative der GRÜNEN im Bayerischen Landtag konnte

1 tatsächlich durchgesetzt werden, dass Bayern als erstes Bundesland Produkte, in die  
2 ausbeuterische Kinderarbeit eingeflossen ist, bei der Beschaffung so weit wie möglich  
3 ausschließt. Tariftreue darf nicht nur auf dem Papier stehen, sie muss auch wirksam  
4 kontrolliert werden, um gegen Schwarzarbeit und Dumpinglöhne vorzugehen. Mit der  
5 dezentralen Vergabe in kleinen Losen, wollen wir kleine und mittlere Unternehmen  
6 unterstützen. Entscheidend ist schließlich, dass die Vergaben transparent und im  
7 Wettbewerb und nicht, wie viel zu oft, unter der Hand erfolgen. Spezlwirtschaft und Filz,  
8 Markenzeichen vor allem der Vergabepolitik bayerischer Ministerien und anderer  
9 freistaatlicher Behörden, müssen endlich ein Ende haben.

### 12 **Grüne Haushaltspolitik: ökologisch – sozial – berechenbar**

13 Bündnis 90 / Die Grünen stehen für eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik:

14 Dabei ist Haushaltspolitik kein Selbstzweck. Sie muss vielmehr dem Ziel einer  
15 nachhaltigen Entwicklung dienen: Einnahmen und Ausgaben des Staates müssen  
16 ökonomisch sinnvoll, ökologisch tragfähig und sozial gerecht sein. Das geht auf Dauer  
17 nur mit einem ausgeglichenen Staatshaushalt, denn sonst leben wir auf Kosten  
18 zukünftiger Generationen.

19  
20 Auf der Einnahmeseite muss viel mehr dafür gesorgt werden, dass der Staat die  
21 Einnahmen, die ihm zustehen, auch erhebt. Steuerhinterziehung und –betrug müssen  
22 wirkungsvoller bekämpft werden. Alles andere widerspricht dem Ziel der  
23 Steuergerechtigkeit.

24  
25 Auf der Ausgabeseite sind strukturelle Änderungen notwendig:

#### 27 **1. Staatliche Ausgaben müssen ökologisch tragfähig sein**

28 Die ökologischen Folgen staatlicher Ausgaben sind zu berücksichtigen. Denn  
29 eine reparierende Umweltpolitik ist teurer als eine vorsorgende. Dies gilt für  
30 Investitionen, wie z.B. in den staatlichen Gebäudebestand, die zur  
31 Energieeinsparung genutzt werden sollten, aber auch für Förderprogramme, z.B.  
32 in der Tourismusförderung, die sanften Tourismus und nicht Schneekanonen  
33 unterstützen sollte.

#### 35 **2. Staatliche Ausgaben müssen sozial gerecht und vorsorgend sein**

36 Wir wollen die Bildungsausgaben erhöhen, um Bildungschancen zu verbessern,  
37 von der Kinderbetreuung in der Krippe bis zum Hochschulstudium. In der  
38 Sozialpolitik wollen wir die Vorsorge in den Vordergrund stellen. Sozialleistungen  
39 erfüllen mit ihrem zumeist präventiven Charakter eine gesamtgesellschaftliche  
40 und volkswirtschaftliche Funktion: Defizite müssen frühzeitig erkannt und  
41 behoben werden, z.B. durch Schulsozialarbeit, die dafür sorgt, dass mehr  
42 Schülerinnen und Schüler einen qualifizierten Schulabschluss und damit höhere  
43 Chancen auf ein eigenes Einkommen bekommen. Damit werden Folgekosten für  
44 den Staatshaushalt reduziert.

#### 46 **3. Staatliche Ausgaben müssen ökonomisch sinnvoll sein**

47 Steuereinnahmen müssen effizienter eingesetzt werden. Alle Ausgaben müssen  
48 regelmäßig auf ihre Effektivität hin überprüft werden. Das gilt insbesondere für

1 Förderprogramme und Vergaberichtlinien. Sie müssen ihr Ziel erreichen und nicht  
2 nur Mitnahmeeffekte auslösen. Auch sind alle Ausgaben auf ihre langfristigen  
3 Folgekosten hin zu überprüfen. Das gilt auch für Investitionen, die weder  
4 ökologisch fragwürdig sein noch erhebliche Folgekosten nach sich ziehen dürfen.  
5

- 6 **4. Staatliche Ausgaben müssen geschlechtergerecht sein.**  
7 Haushaltspolitische Entscheidungen treffen immer Individuen und damit – auf  
8 Grund ihrer oft unterschiedlichen Lebenssituation – Männer und Frauen in  
9 verschiedener Weise, ob es um die Nutzung des staatlich finanzierten ÖPNV  
10 oder um Bildungsausgaben geht, von denen Männer und Frauen in  
11 unterschiedlicher Höhe profitieren. Gender Budgeting heißt, dies bei  
12 haushaltspolitischen Entscheidungen zu beachten, zum Beispiel bei  
13 Einsparungen zu vermeiden, dass eine einseitige Schlechterstellung von  
14 Männern oder Frauen erfolgt. Eine geschlechterpolitische Folgenabschätzung im  
15 Rahmen des Gender Budgeting kann darüber hinaus auch vor Entscheidungen  
16 bewahren, die mittel- und langfristig zu einer höheren Haushaltsbelastung führen.  
17  
18

### 19 **Stetige Haushaltspolitik**

20 Die Staatsregierung hat in vergangenen Jahren einen haushaltspolitischen Zick-Zack-  
21 Kurs gefahren. In den 90er Jahren wurden mit Privatisierungserlösen zusätzliche  
22 Ausgaben in Milliardenhöhe getätigt, insbesondere als „Offensive Zukunft Bayern“ und  
23 als „Hightech-Offensive“ in der Wirtschaftsförderung. Gleichzeitig wurde die  
24 Verschuldung des Staates weiter erhöht. Von 1993 bis 2005 stieg die Verschuldung  
25 Bayerns um 50% auf 23 Mrd. Euro. Nach der Wahl 2003 war Kürzen angesagt, um  
26 einen ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2006 zu erreichen.

27 Rechtzeitig vor dem Landtagswahlkampf 2008 wurde das Zukunftsprogramm 2020  
28 angekündigt, das die Ausgaben wieder erhöht, allerdings nicht zur Finanzierung von  
29 Zukunftsausgaben, sondern zur Beseitigung der durch die Kürzungspolitik verursachten  
30 Investitionsstaus, z.B. bei Hochschulen, Infrastruktur und der Sanierung staatlicher  
31 Gebäude. Dieses Hin und Her dient nicht zur Finanzierung staatlicher Aufgaben,  
32 sondern ist weitgehend von der CSU auf Wahltermine abgestimmt. Nach der Wahl wird  
33 gespart, vor der Wahl werden Investitionen angekündigt. Die Haushaltspolitik der CSU  
34 dient in erster Linie der CSU und nicht Bayern.  
35

### 36 **Staatsverschuldung?**

37 Staatliche Aufgaben müssen stetig und verlässlich erledigt werden.

38 Auch in konjunkturell schlechten Jahren muss das Bildungssystem finanziert werden  
39 und muss – besonders vorsorgende - Sozialpolitik betrieben werden können. Auch in  
40 konjunkturell schlechten Jahren müssen Gebäude und Infrastruktur erhalten werden.  
41 Auch in konjunkturell schlechten Jahren dürfen Umwelt- und Klimaschutz nicht  
42 vernachlässigt werden. Alles andere führt zu hohen Kosten in der Zukunft und wäre  
43 fach- und haushaltspolitisch völlig verfehlt.

44 Notwendig ist daher eine flexiblere Regelung: Da die Steuereinnahmen mit der  
45 konjunkturellen Entwicklung schwanken, muss ein Ausgleichsmechanismus gesetzlich  
46 verankert werden, der auf der einen Seite eine stetige Haushaltspolitik ermöglicht, auf  
47 der anderen Seite aber eine steigende Staatsverschuldung verhindert. Konkret heißt  
48 das, dass der Staat Schulden aufnehmen darf, wenn dies bei konjunkturell bedingt

1 sinkenden Steuereinnahmen zur Finanzierung staatlicher Aufgaben notwendig ist. Diese  
2 Schulden müssen bei steigenden Steuereinnahmen zwingend wieder zurückgezahlt  
3 werden. Einer dauerhaft steigenden Staatsverschuldung wäre damit ein Riegel  
4 vorgeschoben. Die Ausgaben des Staates könnten verstetigt werden. Insgesamt muss  
5 die Haushaltspolitik dafür sorgen, dass mit dem Geld der Steuerzahler gerechte,  
6 ökologisch und ökonomisch vorsorgende Ausgaben finanziert werden. Nur so kann der  
7 Staat auf Dauer finanziell handlungsfähig bleiben, nur so kann Bayern auf Dauer  
8 lebenswert bleiben.  
9